

2283

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke

Ergebnisse des Runden Tisches Sexarbeit endlich umsetzen – Rechte und Schutz von Sexarbeitenden im Kurfürstenviertel stärken

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, die Handlungsempfehlungen des Runden Tisches Sexarbeit (2017-2021) weiter voranzutreiben, um die Rechte, den Schutz und die Lebenssituation von Sexarbeitenden zu verbessern.

Hierzu wird der Senat aufgefordert:

den Bezirk Tempelhof-Schöneberg bei der Einrichtung und dem zukünftigen Betrieb des sozialen Angebots eines Nachtcafés am Standort Bülowstraße/Ecke Frobenstraße in den Räumlichkeiten der Gewobag bzw. bei der Suche nach alternativen Räumlichkeiten im Kiez weiter zu unterstützen.

- gemeinsam mit den Trägern der Drogenhilfe, der Landessuchtbeauftragten und den zuständigen Stellen in den Bezirken Tempelhof-Schöneberg und Mitte einen dauerhaften Drogenkonsumraum im Raum Tiergarten Süd/Schöneberg Nord einzurichten und die Präsenz der Drogenhilfe vor Ort zu stärken.
- bei der Erschließung des Drogenkonsumraums darauf zu achten, dass es darin integriert einen eigenen Schutz- und Konsumraum nur für drogengebrauchende, der Sexarbeit nachgehenden Frauen, nicht-binäre sowie trans* Personen gibt. Dabei soll sich am Modellprojekt ragazza e. V. aus Hamburg orientiert werden. Sollten kurzfristig keine Räumlichkeiten gefunden werden, soll ein zusätzliches Konsum-Mobil angeschafft werden.

- die sozialen Angebote für Menschen in Obdachlosigkeit, ohne Krankenversicherung sowie für trans* Sexarbeitende im Kurfürstenkiez auszubauen sowie die bestehenden integrativen Projekte wie die „Fegeflotte“ zu stärken.
- eine Ausstiegswohnung für Frauen und queere Menschen, die von Suchtmitteln abhängig sind, zu schaffen.
- die bestehenden Fachberatungsstellen für Sexarbeitende um ein Kontingent von Leistungen für die psychologische Begleitung und Betreuung bei akuter Problematik zu erweitern.
- gemeinsam mit den zuständigen Stellen in den Bezirken Tempelhof-Schöneberg und Mitte eine geeignete Krisen- und Notunterbringung im Kurfürstenkiez für (trans*) Sexarbeiterinnen einzurichten, ähnlich des Angebots der ehemaligen Obdachlosenunterkunft für Frauen „Pumpe“ in Mitte.
- das Koordinierungsgremium zur Umsetzung der Maßnahmen des Runden Tisches Sexarbeit zu beauftragen, sich der veränderten Situation der Straßen- sowie Sexarbeit nach der Corona-Pandemie zu stellen und Maßnahmen, wie die Ausarbeitung eines gemeinsamen Präventionskonzeptes mit den Bezirken zum Schutz vor Gewalt an trans* Personen im Kurfürstenkiez voranzutreiben.
- sich dafür einzusetzen, dass im Bereich der Kurfürstenstraße Lösungen für die Ausübung von Sexarbeit gefunden werden, die sowohl den Sexarbeitenden als auch den Anwohnenden gerecht werden. Ziel muss ein Konzept für sichere und hygienische Orte sein, die ein Arbeiten unter besseren Bedingungen ermöglichen und gleichzeitig dazu beitragen, die Belastung des öffentlichen Raums zu reduzieren.
- die strafrechtliche Verfolgung von Freiern, die in Freierforen gegen die Persönlichkeitsrechte von Sexarbeitenden verstoßen, voranzutreiben.
- die Perspektive des Peer-Projektes trans*SexWorks in das Koordinierungsgremium des Runden Tisches Sexarbeit auf Fachebene zu integrieren.
- die präventive polizeiliche Arbeit zum Schutz der trans* Sexarbeitenden im Kurfürstenkiez zu stärken. Diese Personengruppe ist immer wieder von gewalttätigen Übergriffen und Hasskriminalität betroffen. Für Notfallsituationen braucht es deshalb Ansprechpersonen und niedrigschwellig zugängliche Kontaktbeamt*innen, die für die Situation der Sexarbeitenden besonders sensibilisiert sind.
- für eine langfristige und auskömmliche Finanzierung der Arbeit des Frauentreffs Olga zu sorgen und sich dafür einsetzen, dass die Räumlichkeiten erhalten bleiben.
- gemeinsam mit den zuständigen Bezirken Tempelhof-Schöneberg und Mitte dafür zu sorgen, dass die Sicherheit insbesondere in der Frobenstraße und Kurfürstenstraße durch eine ausreichende Straßenbeleuchtung erhöht wird, und dass feste sanitäre Anlagen installiert werden.
- Die genannten Angebote sind möglichst mehrsprachig anzubieten.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 1. Dezember 2025 zu berichten.

Begründung

Schon seit Jahrzehnten findet im Kurfürstenkiez Straßensexarbeit statt. Auch Drogenkonsum, Sucht sowie Wohnungs- und Obdachlosigkeit sind wiederkehrende Themen in den Debatten rund um die Kurfürstenstraße. Dabei geht es insbesondere um das Gebiet zwischen Lützowstraße im Norden und Bülowstraße im Süden.

Aufgrund der fortschreitenden Gentrifizierung im Umfeld der Kurfürstenstraße verschwinden sichere und nicht einsehbare Verrichtungsorte für die Sexarbeitenden. Die Folge ist, dass Sexarbeit in den öffentlichen Toiletten des Kiezes, im öffentlichen Raum oder in Autos stattfindet, was das Risiko körperlicher Übergriffe auf die Sexarbeitenden deutlich erhöht.

Die Problemlage im Kurfürstenkiez ist multikomplex und reicht von obdachlosen Menschen über marginalisierte Communitys innerhalb der Sexarbeiter*innen, wie Menschen ohne Papiere, Drogennutzende und trans* Personen. Für diese unterschiedlichen Gruppen muss es unterschiedlich Angebote geben.

Wir setzen uns für die Entstigmatisierung, Entkriminalisierung und Selbstbestimmung von Sexarbeitenden ein. Der “Runde Tisch Sexarbeit” hat sich über einen langen Zeitraum mit dem Thema auseinandergesetzt und Handlungsempfehlungen an den Senat ausgesprochen. Es ist dringend notwendig, dass diese Handlungsempfehlungen zeitnah umgesetzt und der veränderten Situation nach der Corona-Pandemie angepasst werden, um die prekäre Situation der vulnerablen Gruppen im Kurfürstenkiez, insbesondere drogengebrauchende, der Sexarbeit nachgehenden nicht binäre sowie trans* Personen, zu verbessern.

Bei einer Anhörung zum Thema in der öffentlichen 21. Sitzung des Ausschusses für Integration, Frauen, Gleichstellung, Vielfalt und Antidiskriminierung am 27.06.2024 wurden von den Anzuhörenden dringend benötigte Maßnahmen genannt, um die Situation für Sexarbeitende im Kurfürstenkiez zu verbessern: Hilfe aus der Obdach- und Wohnungslosigkeit (eine Notunterkunft), ein Drogenkonsumraum, ein Präventionsschutzkonzept für trans* Personen sowie sichere Verrichtungsorte im Kurfürstenkiez.

Diese Maßnahmen müssen bei der Koordinierung sowie Priorisierung der Handlungsempfehlungen berücksichtigt sowie unter Einbezug der Mitglieder des Runden Tisches in die Weiterentwicklung des Handlungskonzeptes aufgenommen und finanziell hinterlegt werden. Gleichzeitig muss darauf hingewirkt werden, Zwangsprostitution, die in Berlin ebenfalls stattfindet, stärker als bisher zu bekämpfen.

Berlin, den 18. März 2025

Jarasch Graf Haghanipour
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen

Helm Schulze Schmidt
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke